

Ass. iur. Holger Spreen, Hannover

Wachsende Zuständigkeiten von Bund und EU: Sind die Bundesländer noch zu retten? Ein Plädoyer zur Reform der Kompetenzverteilung zum Schutz der Länder

Über eine Reform des Föderalismus wird in Deutschland zur Zeit auf allen Ebenen diskutiert. Immer wieder dringen neue Vorschläge aus der Bundesregierung und dem Bundestag, kommen Stellungnahmen von Ministerpräsidenten der Länder oder aus den Landtagen an die Öffentlichkeit. Selbst alle führenden Parteien sind sich im Grundsatz einig. Eine so breite Übereinstimmung gab es selten in der deutschen Nachkriegsgeschichte; bei so viel Unzufriedenheit mit der Verfassungswirklichkeit muss es demnach schlimm stehen um unser Gemeinwesen. Und in der Tat scheinen die Bundesländer durch die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte zunehmend in ihrer Existenz bedroht, seitdem sich mehr und mehr ihrer Zuständigkeiten auf den Bund und die EU verlagert haben. Durch einen Föderalismuskonvent und die „Lübecker Erklärung“ wollen sie das Ruder nun herumreißen.

Noch ist es nicht zu spät, die Eigenstaatlichkeit der Länder zu retten. Bund, Länder und EU müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, Europa in einer Art konzertierten Aktion ein neues, durch und durch föderales Gesicht zu geben. Wann wäre hierfür ein besserer Zeitpunkt gegeben als jetzt, wo die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gerade an einer gemeinsamen europäischen Verfassung arbeiten. Dort sollte der Föderalismus nach deutschem Vorbild für Europa begründet werden. Nur dann können die Länder, aber auch der Bund langfristig ihre Eigenstaatlichkeit bewahren. Misslingt es, droht ein europäischer Zentralstaat. Diesen gilt es im Interesse aller Bürger Europas zu verhindern.

Der Beitrag soll die Zuständigkeiten der Länder wahren helfen, denn es geht um nicht weniger als ihre Eigenstaatlichkeit und damit letzten Endes um die Verfassungsordnung des Grundgesetzes.